# Der Kampf um Boltenhagens Verwaltung geht in eine neue Runde

## Bürgermeister Olaf Claus hat Widerspruch gegen die Entscheidung der Gemeindevertretung eingelegt, die Amtsfreiheit aufzugeben. Vier Kommunalpolitiker sollen befangen gewesen sein.

*Von Kerstin Schröder*

**Boltenhagen** – Entgegen seiner Ankündigung, keinen Widerspruch gegen die Entscheidung der Gemeindevertretung einzulegen, hat Boltenhagens Bürgermeister Olaf Claus (parteilos) es nun doch getan. Er akzeptiert die Aufgabe der Amtsfreiheit nicht und ficht den Beschluss wegen angeblicher Befangenheit von vier Gemeindevertretern an: „Wenn Beschlüsse rechtswidrig sind, muss ich dagegen vorgehen", rechtfertigt sich Claus.

Für Gemeindevertreter Ulrich Sager (FDP) ist der Widerspruch ein weiterer Beweis dafür, dass das Wort des Bürgermeisters nicht viel zählt: „So möchte Olaf Claus also, wie er es öffentlich angekündigt hat, das verloren gegangene Vertrauen zur Gemeindevertretung wieder aufbauen", zeigt sich Ulrich Sager enttäuscht.

Nicht mitstimmen dürfen bei der Entscheidung zur Amtsfreiheit hätte nach Ansicht des Bürgermeisters Maria Schultz (BfB), weil sie im Amt Klützer Winkel arbeitet. Deshalb sei auch ihr Schwiegervater Heinz-Dieter Schultz (SPD) als Angehöriger befangen. Wilfried Nix (CDU) sei im Bauhof tätig und niemand wisse, ob der Bauhof auch dem Amt Klützer Winkel zugeordnet werden soll, und die Ehefrau von Frank Dietrich (Hanse) sei in der Gemeindeverwaltung beschäftigt, so Claus. In erster Linie gehe es ihm aber darum, „dass die Entscheidung mit den Bürgern besprochen werden muss".



„Wenn Beschlüsse rechtswidrig sind, muss ich dagegen vorgehen."

**Bürgermeister Olaf Claus**

Das Innenministerium zeigt sich von der Forderung nach einem Bürgerentscheid unbeeindruckt, es will die Zuordnung zum Amt Klützer Winkel wie geplant zügig vorantreiben. Dafür sei auch kein Beschluss notwendig: „Für den Erlass der geplanten Verordnung zur Zuordnung der Gemeinde Boltenhagen zum Amt Klützer Winkel ist kein Beschluss oder Antrag der Gemeinde Boltenhagen erforderlich", betont Pressesprecherin Marion Schlender. Deshalb stelle die Beschlussfassung der Gemeindevertretung vom 17. Dezember auch keine Entscheidung dar, die vom Bürgermeister vollzogen werden müsste. Stattdessen spiegele die Stellungnahme der Gemeindevertretung nur ein Meinungsbild wider, das das Innenministerium in seine Abwägungsentscheidung mit einbeziehe. „Das Votum macht allerdings deutlich, dass sich das Innenministerium und das oberste willensbildende Gemeindeorgan, die Gemeindevertretung, in der Beurteilung der Situation einig sind", so Marion Schlender.

Dass die vier Gemeindevertreter hätten nicht mitstimmen dürfen, sieht das Innenministerium anders: Ein Widerspruch wegen vermeintlicher Befangenheiten sei in diesem Fall nicht gerechtfertigt, denn aus der Entscheidung der Gemeindevertretung hätten die oben genannten Personen oder Angehörigen keine unmittelbaren Vor- oder Nachteile, wie es die Kommunalverfassung für ein Mitwirkungsverbot voraussetze, so Schlender.

Das beruhigt Maria Schultz (BfB): „Ich habe mich vor der Entscheidung persönlich bei Landrätin Birgit Hesse erkundigt, ob ich befangen bin. Das hat sie verneint."

„Der einzige, der befangen ist, ist der Bürgermeister, denn es geht um seinen Job", findet Ulrich Sager. Ihn ärgere es, dass Stimmungsmacher im Ort behaupten würden, Boltenhagen gebe sein Geld auf: „Es ist schon mehrfach gesagt worden, dass wir unser Geld behalten und weiterhin alleine entscheiden können, was damit passiert", so Sager. Das einzige, was sich ändere, sei, dass acht Verwaltungsmitarbeiter künftig in Klütz arbeiten. „Und alle werden übernommen, das hat das Innenministerium angekündigt."

Auch die Zukunft des Bauhofes sei nicht unklar. „Er verbleibt in der Gemeinde", betont Michael Steigmann (Die Linke). Auch ihm sei klar, dass nun die populistische Forderung nach einem Bürgerbegehren geschürt werde: „Aber wir planen doch keine Gemeindefusion. Boltenhagen wird kein Ortsteil von Klütz, sondern wir stärken unsere Verwaltungsarbeit mit dem Personal des Amtes Klützer Winkel. Das ist dringend nötig, weil unsere Verwaltung alleine nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben zu erfüllen, nämlich sich um die Belange der Bürger zu kümmern", so Steigmann.